

Rede zur Verabschiedung des Wesselinger Doppelhaushalts 2026/2027

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Wesseling,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger Wesselings,
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung,

den von der Kämmerin Frau Beloch eingebrachten Doppelhaushalt und den Veränderungen, die nach dem Einbringen des Haushalts aus der Verwaltung kamen, hätte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wesseling, wenn auch schweren Herzens, zugestimmt.

Nicht aus Überzeugung, sondern aus der Einsicht heraus, dass es in der derzeitigen Lage keine wirklich erwägenswerte Alternative zu dieser Entscheidung gibt.

Ob wir am Ende dem Haushalt zustimmen werden, machen wir vom Verlauf der heutigen Beratungen und Entscheidungen abhängig. Denn vor allem aus den Reihen der Koalition aus CDU und SPD kommt eine ganze Wagenladung von Haushaltsanträgen, die in der GRÜNEN Ratsfraktion auf Unverständnis treffen.

Fast versteckt in einer umfangreichen Tabelle sollen freiwillige Leistungen, die sich die Stadt in der gegenwärtigen finanziellen Lage nicht mehr leisten kann, gerettet werden - wie der Familienpass - während in derselben Tabelle Haushaltsansätze aus den verschiedensten Bereichen ohne Begründung und ohne Beratungen in den zuständigen Fachausschüssen gekürzt werden.

Das hat einen Beigeschmack von Klientelpolitik, kaschiert durch eine Vielzahl von Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip.

Während die Gründung der Gesamtschule auf der Kippe steht und Investitionen in die Klimaresilienz der Stadt - Beispiel Beschattung der Fußgängerzone - hinten runter fallen müssen, obwohl sie wirklich wichtig für Wesselings Zukunft sind, wollen Sie Geschenke verteilen, um die Wählerschaft zu beruhigen.

Hier schließt sich ein weiterer Kritikpunkt am Gebaren der Koalition an. Die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen fanden größtenteils nicht statt, sondern wurden einfach in den Rat verwiesen. Welcher sich jetzt mit einer Flut von Einzelentscheidungen befassen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und SPD, ich möchte Sie daran erinnern, dass Fachausschüsse dazu da sind, um über die Themen in ihren Fachgebieten zu beraten und dem Hauptausschuss und Rat Beschlussvorschläge vorzulegen. Das gilt auch für die Haushaltsberatungen.

Zurück zur Haushaltssituation.

Auch wenn Sie es inzwischen oft genug selbst gehört und gelesen haben, lassen Sie mich noch einmal rekapitulieren.

Die Haushaltsslage der Stadt Wesseling ist katastrophal. Dieses Wort trifft es exakt: katastrophal.

Die Gewerbesteureinnahmen schrumpfen erneut. Wurde im ursprünglich eingebrachten Haushaltsentwurf nach den Entwicklungen im Vorjahr für 2026 ein vorsichtiger Ansatz von 30 Mio. € an Gewerbesteureinnahmen eingestellt, wird der Ansatz inzwischen noch einmal abgesenkt.

Die Folge dieses fortgesetzten Einnahmeneinbruchs ist ein Haushaltsdefizit, das nur durch Rückgriff auf die Allgemeine Umlage gedeckt werden kann.

Die Ausgleichsrücklage, die eigentlich zur Überbrückung von finanziellen „Durststrecken“ vorgesehen ist, wird in diesem Jahr vollständig aufgebraucht. Schon in 2026 ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage unausweichlich.

Und obwohl in der mittleren Finanzplanung ab 2027 bis 2030 mit einer stetigen Erholung der Gewerbesteureinnahmen gerechnet wird, werden diese Steigerungen nicht ausreichen, um die kommenden Defizite zu decken. Dann aber gibt es keine Ausgleichsrücklage mehr und die Allgemeine Rücklage wird weiter zusammenschmelzen.

Für Wesseling ist das eine gefährliche Situation. Das Schrumpfen der Allgemeinen Rücklage bedeutet, dass das Eigenkapital der Stadt immer weiter sinkt. Gerät das Eigenkapital in den negativen Bereich, ist der Zustand der Überschuldung erreicht.

Angesichts der prekären Situation hat die Kommunalaufsicht bereits die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes eingefordert. Darin muss Wesseling über mindestens die kommenden zehn Jahre darstellen, mit welchen Mitteln in der Zukunft wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll.

Für uns alle in Wesseling hat das bittere Konsequenzen. Denn nicht nur auf der Ausgabenseite müssen erhebliche Kürzungen vorgenommen werden. Um eine Genehmigung des Haushalts und des Sicherungskonzeptes durch die Kommunalaufsicht zu erhalten muss die Stadt auch die Einnahmen erhöhen, die sie selbst steuern kann. Das sind im wesentlichen die Grundsteuern und die Gewerbesteuer. Zwar sind die anteiligen Zuweisungen aus der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer, sowie die Zahlungen aus dem Familienleistungsausgleich erhebliche Posten auf der Einnahmenseite. Deren Höhe wird aber nicht durch die Kommunen gesteuert. Und alle anderen kommunalen Steuern, wie die Hundesteuer oder die Vergnügungssteuer, sind vom Aufkommen her irrelevant für die finanzielle Lage der Stadt.

Ich möchte Ihnen anhand einiger Themen vor Augen führen, welche Belastungen und Einschränkungen auf uns zukommen werden:

- Die geplante Gründung einer Gesamtschule steht auf der Kippe. Wir wollen in Wesseling mit dem Käthe-Kollwitz-Gymnasium und einer Gesamtschule ein attraktives Angebot an weiterführenden Schulen schaffen. Und damit die Abwanderung an die Gesamtschulen unserer Nachbarstädte stoppen. Politisch breit getragen und vor allem dem abgefragten Elternwillen entsprechend, droht uns jetzt die finanzielle Situation einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Denn das bislang kalkulierte Investitionsvolumen von etwa 140 Mio. Euro für eine siebenzügige Gesamtschule ist im Haushaltssicherungskonzept nicht darstellbar. Das Volumen ist auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft.

Die Verwaltung prüft nun eine ganze Reihe von Optionen, um eine Gesamtschule in einem kleineren Umfang mit den reduzierten Mitteln realisieren zu können - mit ungewissen Aussichten.

Sollte die Gründung der Gesamtschule nicht möglich sein, müssen unsere Kinder weiterhin in die Nachbarstädte ausweichen. Was aber zunehmend schwieriger wird.

- Der Neubau des geschlossenen Schulschwimmbads rückt in weite Ferne.
- Der Hebesatz der Grundsteuer B wird in den kommenden Jahren jährlich schrittweise erhöht werden. Wohnen in Wesseling wird für alle teurer und teurer werden, gleichgültig, ob wir im eigenen Heim oder zur Miete wohnen.
- So gut wie alle freiwilligen Leistungen, also jene Ausgaben, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, werden drastisch gekürzt oder gestrichen - sofern nicht Sponsoren einspringen oder Fördergelder von anderer Seite bereitgestellt werden.

Das wird unter anderem die Wesseling Vereine hart treffen, deren Engagement für unsere Stadtgesellschaft gar nicht mehr oder nur in geringem Umfang gefördert werden kann.

Aber auch Events, die Wesseling interessant und lebenswert machen, sind betroffen. Als Beispiele möchte ich das Stadtfest, das Oldtimer-Treffen und den Wesseling Weihnachtsmarkt anführen.

- Viele Investitionen, die Wesseling attraktiver und lebenswerter für Fußgänger und Radfahrer machen und Wesseling resistenter gegen die Folgen des Klimawandels machen - also die Investitionen, die in unseren Verkehrskonzepten und im Klimaschutzkonzept aufgeführt sind, müssen bis zu einem fernen Tag zurückgestellt werden. Denn es sind ebenfalls freiwillige Leistungen, für die es keine gesetzliche Verpflichtung gibt.
- Politische Initiativen und politische Gestaltung werden erheblich schwieriger. Bei politischen Anträgen müssen wir Ratsfraktionen uns immer fragen, ob die Umsetzung unserer Ideen zusätzliche Kosten verursacht, und wenn ja, in welcher Höhe. In einem Antrag mit Auswirkungen auf den Haushalt müssen Vorschläge zur Finanzierung ohne zusätzliche Belastung für den Haushalt eingearbeitet werden. Ein Vorhaben ohne externe Finanzierung, wie zum Beispiel durch Fördergelder oder Sponsoring, wird den Rat und die Ausschüsse nicht passieren.

Der einzige Lichtblick in diesen Zeiten ist, dass der Neubau bzw. Umbau unserer Grundschulen weiter vorangehen kann. Und dass mit dem Bildungspark Urfeld ein neues Angebot für eine Grundschule, eine Kindertagesstätte und eine Sportstätte entstehen kann.

Wir erleben jetzt sehr drastisch, dass die Finanzierung der Kommunen, und das betrifft bei weitem nicht nur Wesseling, auf tönernen Füßen gebaut ist. Zu oft hat die Legislative im Bund um im Land Gesetze beschlossen, deren finanzielle Auswirkungen durch die Kommunen getragen werden müssen - ohne dass Bund und Land die Städte und Gemeinden in vollem Umfang mit den benötigten Mitteln ausgestattet hat. Zu oft mussten die Kommunen mit ihrem eingeschränkten Instrumentarium darum kämpfen, die hinzugekommenen Pflichten finanziell zu stemmen. Das rächt sich inzwischen gewaltig.

Da hilft auch nur sehr wenig, dass die Kommunen Geld aus dem Sondervermögen des Bundes erhalten. Wesseling wird ca. 14 Mio. Euro über 10 Jahre hinweg erhalten. Damit kann keine nennenswerte Investition finanziert werden.

Was wäre die Alternative?

Die Alternative wäre, in den Nothaushalt zu gehen. Das wäre gleichbedeutend, um es drastisch auszudrücken, mit einer weitgehend finanziellen Fremdbestimmung durch den Rhein-Erft-Kreis als Aufsichtsbehörde oder durch die Bezirksregierung in letzter Instanz.

Die Kommunalaufsicht kann, wenn auch nicht in beliebigem Umfang, weitere Erhöhungen von Steuern und Gebühren anordnen, wenn sie es für notwendig erachtet um den Haushalt auszugleichen. Sie kann aus dem gleichen Grund weitere Einsparungen bei Ausgaben verlangen. Sie kann geplante Investitionen verschieben oder untersagen. Sie kann Einfluss auf die Kreditaufnahme, auch von Kassenkrediten, ausüben.

Ich denke, ich spreche hier für alle, wenn ich sage, dass wir nicht in diese Situation geraten wollen. Sondern den Grad an finanzieller Selbstbestimmung erhalten wollen, den wir in der gegenwärtigen Lage und angesichts der Haushaltssicherung noch haben. Auch wenn er sehr gering erscheint.

Wird die klare Linie unserer Kämmerin Frau Beloch heute nicht durch untragbare politische Beschlüsse aufgeweicht, kann die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wesseling dem Haushalt zustimmen - schweren Herzens und unter großen Schmerzen.

Weil die Alternative dazu noch furchtbarer ist.

Sollten heute jedoch zu viele politische Entscheidungen getroffen werden, die dem klaren Konsolidierungskurs zuwider laufen, haben wir keine Scheu, den Haushalt abzulehnen. Es hat dann auf keinen Fall an der Kämmerin gelegen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in blue ink, reading 'Ralf Engelmann'. The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.

Ralf Engelmann
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Wesseling